

Inhalt

I. Es gibt wohl keinen „Hochschullehrer-Malus“	1
1. Der Fall	1
2. Die Entscheidung	1
3. Fazit	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
Beamtenblog	2

I. Es gibt wohl keinen „Hochschullehrer-Malus“

*von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft*

In dieser Ausgabe beleuchten wir einen Fall aus dem Hochschulwesen. Es geht um die disziplinarrechtlichen Folgen strafrechtlicher Verstöße eines Hochschullehrers. Wir werden sehen, dass es hier durchaus Unterschiede zum „normalen Beamten“ gibt.

Vor allem aber zeigt die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts auf, dass sich noch und sogar besonders nach der zweiten Instanz die präzise Aufarbeitung des Verfahrensstoffs und Akteninhalts unter Abgleich mit der Entscheidung lohnt.

1. Der Fall

In BVerwG 2 B 19.14 hatte das Bundesverwaltungsgericht über das Schicksal eines 1956 geborenen und seit 2001 im Dienst der Klägerin stehenden Professors für „Angewandte Biologie, insbesondere Molekularbiologie und Labormedizin“ zu befinden.

Dieser war wegen Betrugs und Subventionsbetrugs zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von sechs Monaten, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt worden. Dem lag zugrunde, dass er nach den Vorgaben des damaligen Prorektors der Klägerin falsche Angaben zur Erlangung von Fördermitteln gemacht hatte. Erstinstanzlich vermochte die Klägerin die Entfernung aus dem Dienst nicht durchzusetzen. Das OVG Nordrhein-Westfalen entsprach jedoch diesem Begehren. Die Nichtzulassungsbeschwerde des Beklagten führte zur Aufhebung und Zurückverweisung.

2. Die Entscheidung

Der Erfolg der Nichtzulassungsbeschwerde beruht im Wesentlichen auf formalen Gründen.

Das OVG hatte insbesondere den Grundsatz des rechtlichen Gehörs nach Artikel 103 Abs. 1 GG, der für den Verwaltungsprozess in § 108 Abs. 2 VwGO seinen einfachgesetzlichen Niederschlag gefunden hat, verletzt.

§ 108 Abs. 2 VwGO lautet:

„Das Urteil darf nur auf Tatsachen und Beweisangebote gestützt werden, zu denen die Beteiligten sich äußern konnten.“

Das OVG hat es als besonders schwerwiegend zu seinen Lasten gewertet, dass „der Beklagte als Hochschullehrer und damit in seiner besonderen Vertrauensposition versagt habe“. Dabei sei von ihm erwartet worden, „dass er mit den der Hochschule oder hochschuleigenen Einrichtungen zugewiesenen Mitteln absolut zuverlässig umgehe und Fehlverhalten anderer Hochschulangehöriger entgegenrete“. Der Status des Beklagten als Hochschullehrer war während des gesamten Verfahrens zuvor nie als erschwerend genannt worden.

Das OVG hat vor seiner Entscheidung auch nicht darauf hingewiesen, dass es eine solche Bewertung beabsichtigt. Das OVG hätte den Beklagten „spätestens in seiner Berufungsverhandlung darauf hinweisen müssen, dass es seine Amtsstellung als Hochschullehrer im Rahmen der Maßnahmebemessung erschwerend berücksichtigen will“.

Da es dies nicht getan hat, war die Entscheidung „überraschend“, vor allem, da „ein „Hochschullehrer-Malus“ für innerdienstliche Vermögensdelikte in der bisherigen Disziplinar-Rechtsprechung nicht angenommen worden ist“.

Im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde hatte der Beklagte seine entsprechenden Erwägungen richtigerweise vorgetragen. Vor allem hatte er auf sein Selbstverständnis hingewiesen, nämlich, dass er seine Stellung als Hochschullehrer „in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vgl. BVerfGE 126,1) eher wissenschaftsrechtlich als hochschulrechtlich verstehe“.

3. Fazit

Die Entscheidung imponiert durch eine differenzierte Betrachtung. Es erliegt insbesondere nicht der „Verlockung“, durch allgemeine Billigkeitserwägungen über den Verfahrensverstoß hinwegzugehen. Vor allem lässt es auch Raum dafür, in einem weiteren Verfahren vor dem OVG auch den neuen Vortrag des Beklagten Berücksichtigung finden zu lassen. Die Entscheidung zeigt, dass die Maßnahmebestimmung nicht nur eine Gesamtschau ist, bei der „alles“ vertreten werden kann, sondern klare verfahrensrechtliche Vorgaben Beachtung finden müssen. Interessant wird sein, wie sich das OVG nach der Zurückverweisung im Hinblick auf das wissenschaftsrechtliche Verständnis des Beklagten positionieren wird.

Vielleicht begegnet uns der Fall bald wieder.

Dr. Christian Horvat, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Strafrecht, Fachanwalt für Steuerrecht

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Ist „Fensterln“ ein frauenfeindliches Wort?](#)

[Haftung bei Amtspflichtverletzung – Teil II](#)

[Haftung bei Amtspflichtverletzung – Teil I](#)



Produktipp

Schütz/Maiwald

Beamtenrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Online-Produkt

€ 139,99

ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)



Produktipp

Lemhöfer/Leppek

Das Laufbahnrecht der Bundesbeamten

Kommentar zur Bundeslaufbahnverordnung



1040 Seiten

Loseblattwerk im Ordner

ISBN 978-3-8073-0291-1

€ 129,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar erläutert das allgemeine Laufbahnrecht des Bundes anhand der Bundeslaufbahnverordnung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung. Zugrundeliegende und einschlägige Vorschriften wie das Bundesbeamtengesetzes werden berücksichtigt.

Der Überblick auf Bundesebene

Praxiskommentar zur Bundeslaufbahnverordnung mit:

- Laufbahnrechtlichen Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes und anderer Bundesgesetze
- Wichtigen Verwaltungsrichtlinien und Beschlüssen des Bundespersonalausschusses

In diesem Kommentar wird das allgemeine Laufbahnrecht des Bundes (Bundeslaufbahnverordnung einschließlich der Vorschriften für Beamte und Laufbahnen besonderer Fachrichtungen) unter Berücksichtigung der Rechtsprechung umfassend erläutert.

Allgemeine Ausnahmebeschlüsse des Bundespersonalausschusses sind jeweils bei der betroffenen Vorschrift der Bundeslaufbahnverordnung vermerkt.

Im Anhangteil sind außerdem verstreute und zum Teil schwer zugängliche, laufbahnrechtlich bedeutsame Einzelschriften anderer Gesetze, Verwaltungsregelungen, sowie Geschäfts- und Verfahrensordnungen des Bundespersonalausschusses abgedruckt.